



## WARNSTREIKTAG IN NIEDERSACHSEN UND BREMEN

**Rund 5000 Landesbeschäftigte und Beamte  
beteiligen sich an Streiks und Aktionen**

**Vier Tage vor der dritten Verhandlungsrunde im Tarifkonflikt mit den Ländern haben sich am Mittwoch 24. November rund 5000 Landesbeschäftigte und Beamte in Niedersachsen und Bremen an Streiks und Aktionen beteiligt.**

Zu der zentralen Versammlung auf dem Opernplatz in Hannover kamen allein 2000 Menschen. An der Menschenkette an der Schlachte in Bremen waren weitere 1800 Gewerkschafter\*innen beteiligt. „Der heutige Tag war ein Erfolg auf ganzer Linie“, sagte Landesleiter Detlef Ahting. „Wir haben in Hannover und Bremen, aber auch an ganz vielen anderen Orten, gezeigt, dass die Beschäftigten hinter ihren

Forderungen stehen und ein starkes Signal an die Arbeitgeberseite gesandt“, sagte Ahting weiter.

Zur zentralen Kundgebung in Hannover war der ver.di-Bundesvorsitzende Frank Werneke nach Hannover gekommen, um vor den Streikenden aus vielen Dienststellen und Betrieben des Landes, den Hochschulen, den Unikliniken und vor Beamt\*innen aus den Kommunen zu sprechen. In seiner Rede, wie auch einem Pressegespräch, vor der Kundgebung hatte er noch einmal die zentralen Problempunkte in den Verhandlungen mit den Ländern deutlich gemacht. Zum einen negierten die Finanzminister der Länder die Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Benzin und den Energiekosten. „Zudem ist die Situation im Gesundheitswesen auch emotional

höchst belastend – dort brennt es“, sagte Werneke. Die Haltung der Verhandlungsführer der Länder stehe konträr zu den jüngsten Corona-Beschlüssen der Ministerpräsidenten-Konferenz, in denen sie bessere Arbeitsbedingungen und eine dauerhaft bessere Bezahlung der Beschäftigten im Gesundheitswesen als notwendig beschrieben haben.

Gemeinsam mit rund 1000 Demonstrierenden zog Werneke nach dem Pressetermin durch Hannover auf den Opernplatz. Dort traf die Gruppe auf einen zweiten Demonstrationszug, der von Hannovers Schützenplatz aus gestartet war, an der Staatskanzlei vorbeizog und auch vor dem Finanzministerium Halt machte. Bei einer Kurzkundgebung vor dem Ministerium machten die Demonstrierenden Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers noch einmal persönlich ihre Erwartungen deutlich. Auch der ver.di-Bundesvorsitzende ging auf die Erwartungen der Beschäftigten der Länder ein. „Die Beschäftigten spüren die Preissteigerungen jeden Tag beim Einkauf im Geldbeutel. Nur die Finanzminister scheinen das nicht mitzubekommen“, rief Werneke den Streikenden von der Bühne auf dem Opernplatz zu.

Die Arbeitgeber seien bislang auf Krawall gebürstet gewesen. „Es wird mit uns keinen Tarifvertrag geben, in dem es keine Verbesserungen für die Beschäftigten im Gesundheitsbereich gibt. Das verspreche ich euch“, sagte der Bundesvorsitzende weiter, gerade auch mit Blick auf die streikenden Beschäftigten der Universitätskliniken in Hannover und Göttingen.

In Bremen hatten sich die insgesamt 1800 Demonstrierenden an verschiedenen Punkten der Stadt getroffen, um dann in Sternmärschen in Richtung Schlachte zu ziehen. Dort bildeten sie gegen Mittag eine beeindruckende Menschenkette entlang der Weser. In Leer sorgten unter anderem Brückenwärtler durch die Sperrung der Jann-Berghaus-Brücke dafür, dass Autofahrer\*innen lange Umwege in Kauf nehmen mussten. In Emden legten Streikende von N-Ports ihre Arbeit nieder und sorgten für erhebliche Behinderungen im dortigen Hafen. In Nordhorn zogen Gewerkschafter\*innen zu einer Kundgebung vor das Wahlkreisbüro von Reinhold Hilbers, dem Verhandlungsführer für die Länder.



Kundgebung in Hannover



Kundgebung in Bremen



## LANDESARMUTSKONFERENZ IN HANNOVER

**Regulierung von Leiharbeit, die Abschaffung von Mini-Jobs und die Einführung eines Mindestlohns von mindestens 12 Euro – das sind nur drei von insgesamt zwölf Forderungen, die die Landesarmutskonferenz (LAK) am 16. November auf ihrem Fachtag in Hannover der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Die Veranstaltung konnte wegen der aktuellen Coronalage kurzfristig ausschließlich digital stattfinden.**

Die Einladung zur Fachtagung habe, trotz der Verlegung, den Nerv von vielen getroffenen, sagte Ute Gottschaar, die stellvertretende Landebezirksleiterin in ihrem Grußwort.

„Die Beteiligung an der Konferenz zeigt, dass uns allen die Situation der Armen, geflüchteten und wohnungslosen Menschen in Niedersachsen unter den Nägeln brennt und wir vor allem zusammen an Lösungen arbeiten wollen“, so Gottschaar weiter.

Bereits vor der Pandemie hatte das Armutsrisiko in Niedersachsen einen Höchststand erreicht, sagte Lars Niggemeier, der für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) die Forderungen der LAK beim Fachtag während einer Online-Diskussion erläuterte. „Die Not war vor Corona schon da, jetzt ist sie nur deutlich sichtbarer“, bestätigte Sandra Lücke die Ausführungen des DGB-Referenten. Sie betreibt in Hannover das Bollerwagen-Café für obdachlose und bedürftige Menschen.



Volker Bajus von den Grünen, der zu der Diskussionsrunde eingeladen worden war, sprach sich dafür aus, dass das Thema Armut künftig stärker in den Fokus gerückt werden solle. „Wir haben zehn wirtschaftlich satte Jahre hinter uns, aber ein Viertel der Bevölkerung hat nichts davon“, sagte der Politiker. Mit Blick auf die Schuldenbremse komme es jetzt darauf an, etwas zu tun, damit die Spaltung der Gesellschaft nicht noch größer werde, sagte der Landtagsabgeordnete.

Auch die neue LAK-Botschafterin Cornelia Rundt und der neue Botschafter der Gremiums, Max Matthiesen, beteiligten sich an der Debatte. Der ehemalige CDU-Abgeordnete des Niedersächsischen Landtags kritisierte, mit Blick auf den bevorstehenden zweiten Corona-Winter, die Wohnungsförderungsprogramme in Niedersachsen. Sie seien steigerungsfähig, erklärte der Rechtsanwalt. „5000 Wohnungen plus X wäre toll“, sagte Matthiesen im Verlauf der Diskussion. Das Bauland für solche Pläne sei da. „Es fehlen aber die Bauplaner“, sagt er. „Wir wissen, wie's geht, wir

müssen's nur machen“, so der Botschafter der Landesarmutskonferenz.

Die ehemalige Sozialministerin in Niedersachsen, Cornelia Rundt, widersprach: „Die Rendite im freien Wohnungsbau ist höher, als das, was man im sozialen Wohnungsbau geben kann“, sagte sie. Sie sprach sich für eine klare Grundsicherung und einen Mindestlohn von mindestens zwölf Euro aus. Zudem forderte sie die Regelsätze bei der Sozialhilfe müssten künftig anständig kalkuliert werden.

Nach einer Erhebung des statistischen Landesamtes Niedersachsen hatten im Jahr 2019 17,1 Prozent aller Einwohner ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle. Den Daten zufolge sind besonders Arbeitslose, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete und kinderreiche Familien von Armut betroffen. „Gleichzeitig hat sich am anderen Ende der Skala der Reichtum vermehrt. Die Zahl der Vermögen über 500 000 Euro und der sogenannten Einkommensmillionäre ist im Langzeitvergleich deutlich gestiegen“, heißt es in dem Forderungskatalog der Landesarmutskonferenz. Das Gremium hat sich im Jahr 1995 gegründet und besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der AWO, der Caritas, des Asphalt-Magazins, des DGB, Des DRK, der Diakonie, dem Flüchtlingsrat Niedersachsen, dem Verein Gnadenlos Gerecht, dem Paritätischen Wohlfahrtsverbund, dem SoVD, der Gewerkschaft ver.di und weiteren Organisationen.

